Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Rede
Kiel, 19.02.2014

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Wir dürfen die junge Generation nicht hängen lassen

Wenn wir über die EU sprechen, dann dreht sich das ganze allzu oft um die Krise, um Bürokratie um krumme Gurken und Lakritz Pfeifen. Eine Debatte, in der wir uns mit dem beschäftigen, was wir eigentlich von und mit der EU wollen, wird allzu oft links liegen gelassen. Doch genau so eine Debatte brauchen wir jetzt! Denn in nur wenigen Monaten stehen die nächsten Wahlen an. Wir müssen daher eine Diskussion anregen, mit der sich die EU-Bürger wieder identifizieren können.
Sicherlich erscheinen nicht alle Schwerpunkte aus Brüssel für Jedermann von gleicher Bedeutung. In dem vorliegenden Antrag zum Arbeitsprogramm haben sich die Fraktionen und Abgeordneten hier im Haus nun auf die Schwerpunkte geeinigt, die aus schleswig-holsteinischer Sicht besonderer Beachtung bedürfen. Beachtung gilt daher der festgeschriebene Wille, die fortbestehenden Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern zu verringern. In keinem anderen europäischen Land ist der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern so ausgeprägt wie in Deutschland. Das ist das Fazit einer OECD-Studie zu diesem Thema. Ein Thema also, dass uns alle angeht. Die Europäische Kommission will die Mitgliedsstaaten tatkräftig unterstützen um diesen Phänomen entgegenzuwirken und zudem eine geeignete Vorgehensweise aufzeigen. Ein anderer Schwerpunkt im punkto Arbeitsmarktpolitik sind die Hürden und Hindernisse, wenn es um Mobilität von Arbeitskräften geht. Eine Angelegenheit, die nicht nur die Kommission als wichtig erachtet, sondern auch für uns in Schleswig-Holstein eine große Rolle spielt. Die Kommission will in diesem Fall den Stein ins Rollen bringen. Hierzu

SSW IM LANDTAG

gehört ein vermehrt proaktives Handeln im Zusammenhang mit der Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der Europäischen Union. Dazu gehören auch die Arbeitnehmerrechte sowie die Vereinbarkeit der sozialen Sicherheitssysteme. Dabei geht es keineswegs um eine Angleichung, sondern vielmehr um eine Vereinfachung im Umgang der Sozialsysteme bei Migrationsfällen. Zu einem vernünftigen Mobilitätsprogramm von Arbeitskräften, gehört aber ebenso die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Steuerbetrug. Dieser Kampf kann nur über die nationalen Grenzen hinweg, in Gemeinsamkeit gelingen. Nur ein funktionierender Steuer- und Finanzsektor kann den Weg für Wachstum und Arbeitsplätze frei machen.

Für uns als Land zwischen Nord- und Ostsee spielt der Seeverkehr natürlich eine bedeutende Rolle. Nachdem man sich im vergangenen Jahr darum bemüht hat die komplexe Bürokratie zu minimieren, steht nun die Sicherheit und Gefahrenabwehr im internationalen Seeverkehr im Fokus. Dabei entwickelt die Kommission in Zusammenarbeit mit Frau Ashton ein Strategiekonzept, dass sowohl die interne als auch externe Sicherheit im Seeverkehr stärken soll.
Und wieder nimmt sich die Kommission für eine allgemeine Prüfung des Europäischen Systems der Finanzaufsicht und - regulierung vor. Was für uns ins Schleswig-Holstein von Bedeutung ist, da die Banken und Sparkassen in unserem Land sich nach diesen neuen Steuerungssysteme richten müssen. Die Etablierung der so-genannten neuen Generation der europäischen Finanzaufsicht wird nicht mal eben innerhalb von 12 Monaten auf die Beine gestellt werden können. Nichtsdestotrotz, hat man auf europäischer Ebene schon vieles Umgesetzt und damit die Konsequenz aus der Finanzkrise gezogen.

Nun hält die Europäische Kommission in ihrem Arbeitsprogramm erstmals fest, dass sich nach fünf Jahren Wirtschaftskrise die Anzeichen für einen Aufschwung in der EU mehren. Ein Aufschwung, von denen bisher nur wenige etwas haben. Viele Mitgliedstaaten müssen weiter unter Hochdruck arbeiten, um Reformen durchzusetzen und ihre Krise zu überwinden. Einige Mitgliedsstaaten müssen härtere und längere Kämpfe ausstehen als andere. Viele EU-Bürger, genau wie ihre Regierungen auch, sind trotz Aufschwung andernorts in ihrem Alltag gelähmt von Sparzwang und Stagnation.

Der Koalitionsantrag zur Europäischen Solidarität nimmt in dieser Frage ein wichtiges Thema auf: Die Jugendarbeitslosigkeit. Die derzeit wohl größte Herausforderung auf dem europäischen Kontinent. Ein Thema, das uns längst im Alltag begegnet, obwohl wir in Deutschland kaum davon betroffen sind. Im April letzten Jahres lag die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren in Deutschland bei 7,5%. Das ist der niedrigste Wert in der gesamten EU. In Griechenland sind 62,5% der jungen Menschen ohne Arbeit. So viele, wie sonst nirgendwo in der EU. Hinzu kommt noch die enorme Schuldenlast, mit der viele Familien, nicht nur in Griechenland, zu

kämpfen haben. Das dieses Bild traurig macht, ist für mich glatt untertrieben. Es tut schlicht weg im Herzen weh. Natürlich muss es in erster Linie darum gehen, diesen jungen Menschen vor Ort eine vernünftige Perspektive zu bieten. In dieser Hinsicht ist die EU gefragt, in Zusammenarbeit mit den dortigen Behörden und Regierungen ein Ausweg, aus der Perspektivlosigkeit zu schaffen. Bis zu acht Milliarden Euro hat die EU-Spitze für diese Maßnahmen angekündigt. Diese Maßnahmen können und sollten nicht von der EU-Spitze von oben delegiert werden. Unsere Aufgabe liegt nicht per se in Griechenland, Portugal oder in Kroatien, sondern vor unserer eigenen Haustür. Es ist unsere Aufgabe, erfolgreiche Projekte aufzuzeigen, die von den EU-Mitteln profitieren können und auch für andere Mitgliedsstaaten als Inspiration dienen können. Wir können alle voneinander lernen und somit auch profitieren.

Fest steht, dass die Zeit nicht auf unserer Seite ist. Jedes Jahr, dass verstreicht, in dem diese jungen Menschen ohne Arbeit durchs Leben schreiten, ist ein verlorenes Jahr.

Der SSW unterstützt, dass die Landesregierung entsprechende Programme und Initiativen auf die Beine stellt. Bis zum Ende des zweiten Quartals diesen Jahres will das Wirtschaftsministerium einen ganzeinheitlichen Anwerbungs- und Eingliederungsprozess präsentieren, in dem diese jungen Menschen zu uns nach Schleswig-Holstein geholt werden sollen. Das ist leider nicht so einfach, wie es sich vielleicht im ersten Moment anhören mag. Denn die jungen Menschen werden aus ihren kulturellen und familiären Wurzeln gerissen. Je besser die Infrastruktur bei uns ist, umso erfolgreicher werden wir mit unserem Anliegen auch sein können. Dazu müssen wir von der politischen Seite umso mehr intensiv mit den Betrieben in unserem Land Kooperieren. Wer von ihnen hat vielleicht Firmenstandorte oder Kooperationspartner in Griechenland, Spanien oder anderen südeuropäischen Ländern? Hier gibt es sicherlich noch einiges, das zur optimierten Vernetzung beitragen kann. Unsere schleswig-holsteinischen Best-Practice Beispiele können nicht nur uns, sondern auch anderen Bundesländern oder EU-Mitgliedsstaaten einen möglichen Weg aufzeigen, wie man es machen könnte. Ein Weg, den wir nur gemeinsam mit der jungen Generation gehen können. Und es ist auch ein Weg, den wir alle mit der Europäischen Union gehen müssen, denn nur so kann die EU zu ihrer Stärke und zu einem Mehr an Arbeitsplätzen reifen. Ein europäischer Binnenmarkt kann sich eben nicht nur durch nehmen, sondern muss sich auch durch geben definieren. Denn nur so kann und wird Europa erfolgreich sein. Wir alle können dazu unseren Beitrag leisten.

SSW IM LANDTAG